



## **Kommentar von Heiner Hannappel, Die Rechnung bitte, Frau Bundeskanzlerin!**

**Dieser Riesenartikel als Bestandteil meines erschienenen neuen Buches mit gleichem Titel ist gleichsam eine Abrechnung mit einer viele Menschen verstörenden Politik!**

Gestern, am 24.6.2021 hielt Kanzlerin Merkel hoffentlich zum letzten Mal ihre Regierungserklärung vor dem deutschen Bundestag. Sie machte nicht viel Aufhebens um diese, ihre Letzte Regierungserklärung, wirkte bescheiden und lächelte verschmitzt in den Plenarsaal. Kurzum, Frau Merkel hinterließ einen guten Eindruck.

Jedoch jene, die genauer auf diese Kanzlerin schauen, erinnern sich an die letzten 16 Jahre! Und diese Erinnerung fällt bei Vielen, auch bei mir nicht so rosig aus, wie Merkel es gerne sehen möchtest, denn zu sehr hat diese Noch-Kanzlerin die von ihr in ihrer Amtszeit aufgestauten Probleme in eine für uns dadurch ungewiss gewordene Zukunft geschoben und den Bundestag bis zu dessen Selbstaufgabe außenvor gelassen

Davon aber spricht die nette Frau Merkel nicht und will auch davon nicht belästigt werden, da diese geballten, von ihr zum größten Teil zu verantwortenden Problemlagen ihrem Image nicht gerade förderlich sind.

So reist Merkel nun in der Welt und Europa herum, um in den Geschichtsbüchern ein goldenes Echo zu bekommen. Das aber wird nicht passieren, denn wenn dieser vor sich hin schleichende Wahlkampf, mehr virtuell, als realistisch zuende ist, wird sich eine neue Regierung bilden und alle Versprechungen, dass es keine Steuererhöhungen geben wird, werden angesichts der miesen Kassenlage kassiert!

Da aber all das nicht reichen wird, werden liebgewonnene Anrechte bei Renten, Sozialkassen und im Gesundheitswesen heruntergefahren werden müssen, denn zu groß werden die Löcher auf der Steuereinnahmenseite bei Bund-Länder- und Gemeinden sein. Auf uns werden subtile Erhöhungen der verschiedensten Abgaben

zukommen.

Der Beschluss des Bundestages Ende Juni 2021, die CO2 Abgabe alleine auf die Mieter abzuwälzen ist erst der Anfang. Folgen werden durch die nicht regulierten Immobilienspekulationen sich ständig bis zur Unerträglichkeit steigende Mieten. Folgen werden Strompreis und Energiepreiserhöhungen wider aller Versprechungen.

Folgen werden mit Sicherheit erhöhte Krankenkassenbeiträge nebst Beitragserhöhungen zur Rentenversicherung, da immer weniger werdenden Leistungserbringer eine stetig wachsende Zahl an Leistungsnehmer gegenübersteht!

Hier zähle ich nur einige der unvermeidlichen Kostenerhöhungen auf, weitere werden folgen müssen, denn ca. 500 Milliarden von Finanzminister Scholz neu aufgenommene Staatsschulden wegen der Corona (Pandemie?), der Gier unserer schlecht wirtschaftenden Nachbarn auf deutsche Spareinlagen und durch die faktische Zerstörung der NO BAIL OUT Klausel, die in den Maastricht-Verträgen verbotene Staats- und Bankenfinanzierung verbietet.

Unserer ewig klammen Nachbarn, nebst den unbesicherten Target2 Krediten von 1,1 Billionen € werden jeden künftigen Kanzler, oder Kanzlerin nebst dem künftigen Finanzminister alle Wahl-Versprechungen verleugnen lassen!

Im kommenden Jahr 2022 werden wir auf Realitäten sehen müssen, die jenseits unserer Gewohnheiten unser Leben prägen werden. Hinzu kommen noch eventuelle Einbrüche wegen irgendeines neuen Coronavirus und der ideologischen Energiewende.

Hinzu kommt eine EU-Politik, die darauf abzielt immer mehr Macht jedoch ohne Kompetenzen dafür zu haben an sich ziehen will. Sogar die Verfassungen der EU-Länder sollen gebogen und eliminiert werden, wie an der EU-Klage gegen die Bundesrepublik zu erkennen ist, welche darauf abzielt das deutsche Verfassungsgericht dem Europäischen Gerichtshof (der jedoch ohne Verfassungsgrundlage Recht spricht!) unterzuordnen. Der deutsche Bundestag ist auf dem besten Weg, seine Budgethoheit zulasten der finanziellen Entscheidungsfreiheit Deutschlands an die EU geradezu freiwillig abzugeben.

Diese Politik Merkels hat einen 16 Jahre währenden Vorlauf und kommt nicht aus heiterem Himmel. Der Demokratieverlust durch die Corona Maßnahmen nun deutlich erkenn- und fühlbar, bahnte sich durch die alternativlose Politik dieser Kanzlerin schon lange an.

Aus diesem Grund möchte ich diesen aktualisierten Artikel nochmals, dieses Mal auf dieser, meiner neuen Webseite Fortunanetz-Aktuell publizieren, um zu verdeutlichen, welche gravierenden Fehler in 16 Jahren Merkel gemacht wurden

*Politik ist kein Selbstzweck zum Machterhalt weniger, sondern diese muss den Menschen dienen.*

*Tut sie das nicht, erodiert das Vertrauen in die Staatsform Demokratie und deren Protagonisten.*

***Diesen Zustand erleben wir zurzeit!***

*Auch wenn ich auch immer noch daran zweifle, dass diese Kanzlerin jemals einen Plan hatte, so könnte vor dem Hintergrund ihrer DDR Jahre bei Frau Merkel ein Weltbild entstanden sein, in dem deutsche Interessen sich immer dem Großen und Ganzen unterzuordnen haben, welches allerdings die Kanzlerin definiert, die sich bislang ihre Handlung Optionen augenscheinlich von den USA und dem schon von mir beschriebenen Neoliberalismus definieren lässt.*

*Nur so ist zu verstehen, dass wir unsere Interessen von dieser Kanzlerin nicht so richtig vertreten sehen und wir ständig das Gefühl haben, in ihren Entscheidungen nachrangiger zu sein, sie den Interessen der Wirtschaft den Vorrang lässt und sich immer noch bei den USA und Japan wegen den, jedoch von der europäischen/deutschen Bevölkerung abgelehnten Freihandelsabkommen andient.*

Wenn man meine Artikel, meine beiden Bücher "Wir begehrt nicht auf" und "Europa, es ist angerichtet" kennt, errahnt man unschwer, dass ich kein Fan der Politik Kanzlerin Merkels bin!

Warum aber bewege ich mich mit meinen Ansichten außerhalb der Wahrnehmung der meisten Bundesbürger, die diese Kanzlerin seit Jahren immer wieder wählen? Warum schreibe ich gegen diese an sich sympathische Dame so vehement an, obwohl ich ihre unpräzise Art eigentlich für einen Gewinn in der deutschen Politik halte? Aber ist diese Kanzlerin wirklich so bescheiden? Warum fällt mein Urteil über diese Kanzlerin überwiegend so harsch aus?

In allen Schriften und meinen zwei bisher erschienenen Büchern, begründe ich meine Ablehnung der praktizierten Politik Kanzlerin Merkels damit, dass diese dabei ist das Regelwerk unseres demokratischen Staates, seiner Organe, mit all seinen

Gesetzgebungen und Abläufen im Hohen Haus, dem Parlament, und sogar die vierte Gewalt, die Medien, TV und Presse, den jeweiligen Gegebenheiten ihrer sprunghaften, unsteten, konzeptlosen Politik ohne sichtbare Prinzipien zu beeinflussen und ihrer wahrlich nicht konsistenten, eher sprunghaften 180 Grad Wende-Politik unterzuordnen. Doch keiner protestiert dagegen.

12 Jahre Null Konzept, null Prinzipien, null Visionen und pure Verwaltung im Kanzleramt mit einer unerträglichen Wetterfahnenpolitik. Nun ist auch so nebenbei bei einem Plausch mit einer Zeitschrift urplötzlich ein weiterer eherne Standpunkt der Union - an der Ehe zwischen Mann und Frau festzuhalten - unter die Räder des Merkel'schen Macht- und Koalitions kalküls gekommen. Wieder so eine 180 Grad Kehrtwende der Kanzlerin!

12 Jahre sind jetzt seit ihrem ersten Amtsantritt vergangen, in denen eigentlich so keinem recht klar werden konnte, wofür diese Kanzlerin letztlich steht. Mir schon. Purer Machterhalt ist ihr Konzept und sonst nichts. Von gestaltender Politik keine Spur.

Machterhalt hat sie von Kohl gelernt. Nur war Kohl mit Visionen und im europäischen Politikzirkus mit Glaubwürdigkeit gesegnet und hatte etwas zustande gebracht, nämlich die deutsche Einheit. Alleine dafür wird er auf Ewigkeit in den Geschichtsbüchern stehen! Kanzlerin Merkel hat in 12 Jahren nichts, außer Schulden und Risiken durch ungezügelter Zuwanderung für uns und ein uneiniges und gereiztes, tief verunsichertes Europa, dessen schwindende Vertragskultur zur Normalität wurde, aufzuweisen. Kanzlerin Merkel hat Helmut Kohls Erbe bisher schlecht verwaltet. Vielleicht ändert sie das zusammen mit Frankreichs neuem Präsidenten Macron. Ex-Kanzler Kohls Sarg im europäischen Parlament in Straßburg wirkte wie eine Mahnung, die Einheit Europas nicht zu verspielen!

Anscheinend ohne nennenswerten Widerstand okkupiert das von den DDR Verhältnissen geprägte Niveau dieser Kanzlerin komplett die gesamtdeutsche Gesellschaft, der die Fähigkeit zu kritischen Fragen wegen einer einlullenden "Mutti machts schon" Politik abhandengekommen ist.

**Aber nichts macht sie, die "Mutti", außer abwarten und taktieren.**

Eher verhält sie sich wie eine Zuschauerin, welche das, was vor ihren Augen passiert, anscheinend nichts angeht und übt sich im Aussitzen, lässt Probleme so lange scheinbar passiv vor sich

hintreiben, bis sie taktisch eine Mehrheit für eine ihrer mittlerweile schon vielen berüchtigten Kehrtwenden erkennt. Dann allerdings schlägt Frau Merkel kurzentschlossen zu und vermittelt eine Entschlusskraft, auf die ihre eigene Partei, die gesamte Opposition, - düpiert ob der Übernahme ihrer Positionen- auch prompt immer wieder hereinfliegen! Die von Merkel fast schon entpolitisierten Deutschen ebenfalls!

Eine schier unglaubliche Geschmeidigkeit kaschiert ihre Konzeptlosigkeit und wurde schon längst zu ihrem Regierung Stil mit einer moralfernen Prinzipienlosigkeit als Prinzip. Sie inszeniert sich für uns Deutsche als eine Art "Götterspeise", im Volksmund auch "Wackelpeter" oder "Wackelpudding" genannt! Wie treffend. Die sogenannte "Götterspeise" ist eine transparente Nachspeise ohne werthaltige Substanzen, ähnlich der Politik der Kanzlerin! Aber versuchen sie doch einmal diese "Götterspeise" an die Wand zu nageln. Das haben schon viele Politiker und Medien verzweifelt versucht!

So schwebt Kanzlerin Merkel geschmeidig immer im Ungefähren, bleibt unberechenbar und beliebig und die eigene Partei nimmt alle diese drei Eigenschaften aus Machtkalkül einfach so hin, deklariert diese Geschmeidigkeit als ihr Markenzeichen, ohne zu erkennen, wie inhaltsleer die Perspektiven dieser Politik doch letztendlich sind und für den nachdenklichen Deutschen frustrierend in den Worthülsenreden ohne nennenswerte Inhalte auf allen Foren und im Bundestag zu erkennen ist. Die deutsche Politik verkommt so zu einer bedrückenden Mittelmäßigkeit, die eine nationale wie auch internationale Weitsicht mit konsequenter Positionierung zur Lösung anstehender Probleme vermissen lässt.

Kanzlerin Merkel hat mit ihrer Politik, die Positionen der Parteienlandschaft je nach Bedarf zu okkupieren, eine geradezu faszinierende Entpolisierung der Deutschen erreicht, indem sie diese, wie auch die Parteien durch alternativlose Sachzwänge quasi entmündigt und durch für sie überflüssige Debatten im Bundestag und in der Öffentlichkeit die Deutschen mitsamt ihrem Parlament einer Entmündigung aussetzt, wie sie seit Jahrzehnten so nicht mehr zu beobachten war!

Angesichts der jetzt schon deutlich sichtbaren Folgen dieser Politik vermisse ich ein entschiedenes Aufbegehren der Bevölkerung. Aber nein, sedit von einer brummenden Wirtschaft und in eine ungewisse Zukunft verschobenen Probleme, eingelullt von einer

"Mutti macht das schon Politik", schauen brav alle Deutschen zu, wie ihre Ersparnisse und Altersvorsorgen durch den Niedrigzins der EZB und Minuszinsen, Inflation, die auf knapp 2%, eher mehr gesteigert werden soll, die mittlerweile im März 2017 schon über dieser Marge angelangt ist wegschmelzen, ohne sich darüber bewusst zu sein, dass die Ursachen in den Vertragsbrüchen, die von allen Regierungen der Eurozone getätigt wurden, zu finden sind!

Jedoch die deutsche Kanzlerin diese schwindende Vertragskultur in Europa bisher nicht verhinderte, sondern aktiv förderte oder "auf Sicht fahrend" passiv hinnahm, denn auch die Schulden des deutschen Staates werden durch die schleichende Entwertung des deutschen Vermögens durch Nullzinsen und Inflation dramatisch minimiert!

Aber, diese Kanzlerin will nun ein viertes Mal antreten und ab September 2017 weitere vier Jahre mit Ihrer Richtlinienkompetenz ohne eigene, klar definierte Konzepte bestimmen, welchen Weg Deutschland in einer immer multipolaren werdenden Welt geht. Nun müssen aber an die Kanzlerin zwingend neu die Fragen gestellt werden, die sie bislang nicht, oder nur mit leeren Worthülsen beantwortet hatte. Fragen, die aber essentiell unser zukünftiges Leben bestimmen werden. Was für eine Politik will sie betreiben? Mit welchen Zielen? Ein "Weiter so" kann es doch wohl nicht sein. Für was steht diese Kanzlerin überhaupt noch, für was die Union, die von ihr dominierte Partei?

Ihre Kehrtwenden: mittlerweile drei unseriöse Griechenland-Rettungen, Energiewende durch Atomausstieg, Bundeswehr, Doppelpass, die von ihr zuvor abgelehnte, nun eingeführte Autobahnmaut mit der schleichenden Aufgabe über die Besitz- und Nutzungsrechte an den von uns finanzierten Autobahnen, die noch Staatsbesitz sind, von der uns von ihr aufoktroierten Willkommenskultur zur Abschiebe-Kanzlerin, nun auch noch Ehe für alle. Der von ihr einst abgelehnte, nun eingeführte Mindestlohn!

### **Was denn bald noch?**

Nun also ist ab Freitag, dem 30.6.2017 die Ehe für alle da und wird schon von Gegnern, auch von der in Ehefragen so "kompetenten" katholischen Kirche in Karlsruhe infrage gestellt. Hoffentlich mit Erfolg. Ich habe absolut nichts gegen Menschen, die sich lieben wie Lesben und Schwule, auch nichts dagegen, wenn diese wie bisher in einer eingetragenen Partnerschaft leben, auch nicht, wenn zusätzlich Adoptionen mit allen rechtlichen Folgen, wie in einer normalen Ehe

möglich sind. Doch muss es denn gleich ein gleichberechtigter Status wie zwischen Mann und Frau sein, aus deren Ehe als Keimzelle unserer Gesellschaft schließlich Kinder erwachsen? Muss denn alles zu einer "Normalität" erhoben werden? Was ist denn bald noch wirklich normal, wenn eine Pseudomoral in der Regierungsspitze die Faktenlage unserer mehrheitlich strukturierten Gesellschaft über deren Köpfe weg verbiegt?

Na ja toll, jetzt hat die schrumpfende deutsche Bevölkerung mit einer 1,45 Kind Familie als maximale Fertilitätsrate ja noch eine Chance, mithilfe von Schwulen und Lesben den Bestand der Deutschen und deren miserable Demografie zu retten! Die Familien von ca. 11 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, haben im Schnitt mindestens 4, eher 5 bis 6 Kinder! Man nehme doch bloß 10 Finger zum Nachrechnen! Schon einmal ausprobiert?

Das Kleingedruckte aber werden im Standesamt die nun hinzukommenden neuen Glücklichen auch nicht lesen, denn bei einer Scheidung gelten dann für sie ebenfalls gleiche Rechte und Pflichten, die dann wiederum den Staat entlasten. Auch ein Grund für Merkels abrupte Kehrtwende?

Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, dass eine in der ehemaligen DDR Hochbegabte, von ihrem Ziehvater Bundeskanzler Kohl gefördert, seit 12 Jahren im Kanzleramt die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung des Neoliberalismus und der Tatsache, dass heute zwei Menschen ein mittleres Einkommen zur Unterhaltung einer Familie brauchen, wo vor Jahrzehnten nur ein mittleres Einkommen nötig war, nicht erkennen will und sich so politischen Entscheidungen zur Lösung dieser, für viele Bürger Deutschlands unerträgliche Situation verweigert.

Diese deutsche Kanzlerin offensichtlich nicht der Gewinnsucht der Konzerne Grenzen aufzeigt, um die Löhne entsprechend des seit Jahrzehnten steigenden Bruttosozialprodukts anzupassen und permanent eine drohende am Horizont schon erkennbare Altersarmut ignoriert. Doch könnte sie das überhaupt, angesichts der Tatsache, dass Konzerne gnadenlos zu maximalen Gewinnen verpflichtet sind, da diese quasi zu ihrem kapitalistisch geprägten Genprogramm gehören?

Ebenfalls ist es geradezu unbegreiflich, und das ist einer meiner größten Vorwürfe an die Aufschiebekanzlerin, dass sie in den letzten 12 Jahren ihrer Regierungszeit die Probleme, die Deutschland als alterndes Land mit seiner auch im Weltmaßstab äußerst ungünstigen

Demografie bekommt, nicht angeht und vor sich herschiebt, was allerdings alle anderen Parteien auch tun.

Wo bleibt denn ein längst fälliges, durchdachtes und vernünftiges Einwanderungsgesetz, wie in Kanada, Australien, Neuseeland und den USA, welches nur diejenigen nach Deutschland hineinlässt, die uns auf Grund ihrer Qualifikation willkommen sind, sich und ihre Familien selbst ernähren können, ohne der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen! Fähige Arbeitskräfte sollen sich bei uns wohlfühlen, aber nicht Millionen von außen kommende „Nichterwerbstätige“, die sich dauerhaft in all unsere Sozialsysteme einklinken!

Dieses Thema Demographie ist derart brisant, dass es bei jedem Wahlkampf, auch bei dem in diesem Jahr 2017 verschwiegen wird und außen vor bleibt, um heutige und künftige Rentner als zusammen größte Wählergruppe nicht zu vergraulen. Keine Partei wagt sich an dieses brisante Thema und an die damit verknüpfte "Rentenarmut" ran. Doch unerbittlich tickt die Uhr, und die Zeit kommt mit absoluter Sicherheit, in der das heutige Rentensystem kollabiert, da immer noch nicht alle Einkommen, egal welcher Art zur Sicherung unserer Sozialsysteme herangezogen werden wie z. B. in der Schweiz.

Eine solcherart verbreiterte Einnahmequelle könnte die kommenden Probleme zwar nicht komplett lösen, jedoch zumindest abpuffern. Doch nichts tut sich und eine Altersarmutsteigerung von heute 16% auf 20% der Neurentner wird bis 2036 gravierend zunehmen und ein unglaubliches Ausmaß selbiger ab ca. 2050 ist so vorprogrammiert! Das hilflose "Hereinlassen" von Millionen ohne Qualifikationen löst dieses Problem erst recht nicht, sondern verschärft es nur!

Ebenso fehlt eine Bürgerversicherung, in die alle ohne Obergrenzen ihrer Einkommen jedweder Art zur Finanzierung der Krankenkassen einzahlen, deren zu hohe Anzahl allerdings drastisch reduziert werden müsste. Die wirklich Wohlhabenden werden geschont und die Rentner mit dem Hinweis auf eine sichere Rente belogen, die aber nach 2050 nach heutigen Maßstäben nicht mehr finanzierbar ist, da die systemimmanenten Fehler auch durch millionenfache Einwanderung "Beitragsloser" in diese kaum mehr beherrschbar sind! Nur die Beamten, welche im Bundestag reichlich vertreten sind und Gesetze, die sie mit Normalrentnern auf gleiche Ebene stellen würden verhindern, brauchen sich vor Altersarmut nicht zu fürchten. Doch auch Beamte müssten der Gerechtigkeit wegen in alle Sozialsysteme in voller Höhe ihrer oft üppigen Bezüge einzahlen!



Schaut man auf die quasi im Nebel stattfindende Politik dieser Kanzlerin, die seit 12 Jahren in ebenso merkwürdigen und nebulösen Beschlussfassungen des Bundestages zu beobachten ist, stellt sich berechtigterweise die Frage, wer was zu vertuschen hat und wer denn die Folgen trägt und mit Verzicht bezahlen soll und was diese Politik, die eigentlich nur ein Verwalten von Interessen anderer als die der Deutschen darstellt, uns alle kostet!

Wer bezahlt eigentlich ihre teuren Eurorettungszusagen? Wer steht für die immensen Kosten Ihrer verkorksten Energiepolitik ein und wo enden diese, angesichts der von Gerichten kassierten undurchdachten widerrechtlichen Gesetzen der Bundesregierung Merkel?

Die widerrechtlich erhobene Atomsteuer auf Brennelemente wird den Steuerzahler ca. 7 Milliarden Euro kosten, obwohl dieser als Energiekunde diese Brennelemente Steuer schon längst aufgebrummt bekam!

Des Weiteren die 180 Grad Wendehalspolitik in der Energiepolitik, also von einer Laufzeitverlängerung der Kraftwerke zum verkürzten Atomausstieg und die enormen Risiken für die fehlende Grundlastenergieversorgung Deutschlands. Was, wenn der Wind für die Windkraftträder fehlt und es Nacht ist und die Solarzellen nichts bringen? Was, wenn wie gewünscht und staatlich mit ca. 4.380 Euro Kaufprämie gefördert, immer mehr E-Autos Strom brauchen? So viele umweltfreundliche Kraftwerke gibt es noch gar nicht und müssten erst noch gebaut werden. Die Konzerne, welche rechtzeitig gegen die Abschaltungen ihrer Atomkraftwerke Einspruch erhoben, da Deutschlands geologische Strukturen anders als die von Japan sind, kämpften um zweistellige Milliardensummen, und werden auch ihr Recht bekommen. Alle zusammen aber erreichen es, dass sie mit einem Abschlag von ca. 24 Milliarden Euro aus dem Schneider sind, und die weiteren Kosten der strahlenden atomaren Altlasten die deutsche Gesellschaft über Jahrhunderte und mehr übernehmen muss.

Wer bezahlt denn ihre desaströse Flüchtlingspolitik, deren Folgen noch gar nicht so richtig bekannt und absehbar sind, jedoch in Kürze sichtbar werden. Wie wird sich dadurch unsere Gesellschaft verändern? Die Antworten auf all diese Fragen werden sorgsam über die Wahlen hinaus verschoben und unter der Decke gehalten. Doch wir haben das Recht, vorher zu erfahren, was uns der Kanzlerin Politik wirklich kostet und was da alles noch auf uns zukommt.

Eine unregelmäßige Zuwanderung in Millionen wie bisher und absehbar auch in der Zukunft mit mindestens 200.000 pro Jahr, verträgt sich nicht mit unseren Sozialsystemen! Diese Binsenweisheit wird komplett von der gesamten Bundesregierung und von der unwirksamen Opposition ausgeblendet, die nicht aufbegehrend, da linksorientiert, überall zustimmte!

Diese Kanzlerin ist mit ihrer moralingeschwängerten, jetzt schon gescheiterten Flüchtlingspolitik, welche unsere Gesetze schon an unseren Grenzen brach, besonders was die Folgen der rechtswidrigen Migration von Millionen und der mangelnden Fähigkeit unseres Rechtsstaates, Abgewiesene erfolgreich auszuweisen, längst ins Postfaktische abgedriftet.

Großzügige Hilfe vor Ort in Nah-Ost mit menschenwürdigen Unterbringungen und Versorgung, auch wenn diese zur Vermeidung des inneren Unfriedens bei uns viele Milliarden kostet, großzügige temporäre Hilfe hier bei uns wie im letzten grausamen Jugoslawienkrieg ja, aber gleich mit Sprachunterricht eine spätere Integration über Asyl quasi als ein Menschenrecht zu erheben, um unsere Geburtenstatistik und Demographie aufzuhübschen, entspricht nicht dem Standpunkt der stillen Mehrheit in Deutschland!

Wohl aber einem verkorksten Standpunkt einer Kanzlerin, welche die Eidesformel ihres Amtes ihrer schon legendären konzeptlosen und sprunghaften Wendepolitik opfert. Je nach Lage, je nach empfundenem Druck, je nach ihrem eigenwilligen Duktus!

Wer spricht denn heute noch von einer erfolgreichen Integration, wenn die zu Integrierenden sich letztlich verweigern und ihrer Religion unserem Recht den Vorzug geben und fern unseres Arbeitsmarktes mangels Qualifikation, im Niedriglohnsektor als Konkurrenten der dort tätigen Einheimischen auftretend, trotzdem eine Teilhabe an unserem Lebensstil und den von uns finanzierten Sozialsystemen erzwingen.

Dieses No-Go Thema taucht quasi totgeschwiegen, überhaupt nicht im anstehenden Wahlkampf auf und wenn ja, ist ein Kritiker dieser Politik, der mit Fakten argumentiert, gleich ein Rechtspopulist. Wie einfach! So kommt zu dem wichtigsten Thema, welches unsere Gesellschaft tagtäglich umtreibt keinerlei, dem brisanten Thema angemessene Diskussion zustande.

Nur sedierende Erfolgsmeldungen beherrschen den Mainstream öffentlicher Berichterstattung, um auf den Straßen und bei

anstehenden Wahlen Ruhe zu haben.

Glaubt man denn wirklich, die Bevölkerung auch über den Wahltag hinaus hinter die Fichte führen zu können?

Die so geschaffenen Illusionen der noch und nach der Wahl Regierenden sind an Scheinheiligkeit und Selbstgefälligkeit und Realitätsferne nicht zu überbieten.

Spätestens seit Hamburg, auf das ich später noch komme, ist die von der linksorientierten Gesellschaft schon fast liebevoll gehätschelten pseudofriedliche Fassade der extremen Linken/Antifa, die unser zugegebenermaßen krankes Wirtschafts- und Finanzsystem am liebsten gleich eliminieren wollen, einer gewalttätigen Fratze gewichen, welche die Politik allzu gerne nur der rechten Szene, gleichwohl den Kritikern dieser verkorksten Flüchtling Politik zuordnen wollte, um laut- wie kritiklos ihr Flüchtlingsdesaster unbemerkt durchziehen zu können.

Das ist angesichts des ermittelten Sorgenkatalogs der Deutschen, in dem die Migranten- und Zuwanderungsprobleme zu 47% an erster Stelle stehen, sowieso schon grandios gescheitert! Hoffentlich drückt sich das auch bei den nächsten Bundestagswahlen aus.

Eine Integration ist doch dann gescheitert, wenn die erkennbar vergeblichen sündhaft teuren Bemühungen und die schiere Überforderung unserer Gesellschaft selbige spaltet wie nie!

Ich prophezeie eine immer unfriedliche werdende Gesellschaft, wenn von dieser als Verteilungskämpfe wahrgenommen, die Rechte, auch die erarbeiteten Ansprüche und Bedürfnisse der Einheimischen permanent missachtet und hintangestellt werden!

Wer bezahlt denn die nun dringend notwendigen sozialen Neubauten mit bezahlbaren Wohnungen, die für die Hunderttausende Asylanten und Migranten aller Art in aller Eile hochgezogen werden müssen und so ganz neue Trabantensiedlungen entstehen. Wer wohnt dann in den ev. bezahlbaren Wohnungen? Einheimische? Doch eher Migrantenfamilien! Und wer bezahlt dann deren Miet- und Nebenkosten? Ganz gewiss unser Staat, also wir! Das aber sind Fakten, die bald an die Oberfläche kommen und Spannungen erzeugen werden! Und diejenigen, die darauf längstens hingewiesen hatten und heute diese Fakten aussprechen, sind keine Populisten oder Rechte, sondern von einer blauäugigen, um ihre Interessen besorgten Politikergilde in allen Medien verpönte Realisten!

Doch ich fürchte, dass die bislang erfolgreich sedierten Deutschen

die Alleinschuld der Teflon Kanzlerin in den Wahlkabinen und an den nach den Wahlen gewiss nicht mehr zu verbergenden Problemstellungen durch Asyl, Einwanderung und Integration vergessen haben.

Wie soll denn nach den Ansichten der Linken und Grünen eine bunte Gesellschaft eine freiere sein, wenn durch eine ungehemmte Zuwanderung Unfrieden in dieser herrscht und polizeilich berechtigte Maßnahmen zu Aufrechterhaltung der gestörten öffentlichen Ordnung (wie in Hamburg) die gewohnten Lebensweisen der Einheimischen immer mehr tangiert?

Warum beachtet die Bundesregierung nicht den eindeutigen Beschluss Anfang/ Mitte Juli 2017 des europäischen Gerichtshofes zu dem Verschleierungsverbot in Belgien, der dieses auch für andere EU-Staaten bestätigte und rechtens fand. Kuschen wir mittlerweile und trauen uns nicht wegen der Gereiztheit und der schier Masse der islamischen Bevölkerung dieses Verbot auch bei uns durchzusetzen?

Es kann doch nicht sein, dass bei uns die "Vermummung" von wenigen quasi zu einem Grundrecht eingefordert wird, weil einige islamische Frauen ihre offensichtlich indoktrinierte "Freiheit mit Vermummung" wie eine Fahne der religiösen Selbstbestimmung und Befreiung argumentativ bis in die Gerichtssäle vor sich her tragen und nicht erkennen wollen, wie unterdrückt sie letztlich von ihrer religiös verbrämten Männerwelt werden!

Inwieweit respektieren eigentlich unsere islamischen Mit- und Neubürger uns "Ungläubige" und verlangen insgeheim auf lange Sicht unsere Anpassung an ihren religiös dominierten Lebensstil, weil sie unsere Religion und unsere westlich geprägte Lebensart für dekadent und minderwertig, also veränderungswürdig und bekehrbar erachten?

Was, wenn in unseren Parlamenten islamisches Wunschdenken aus falsch verstandener Toleranz mehr und mehr Raum bekommt, weil ein schneller wachsender Teil der Bevölkerung anteilmäßig auch in den Parlamenten islamisch agiert?

All das sind Fragen, die uns seit der "Wir schaffen das" - Äußerung der Kanzlerin in 2015 nicht mehr loslassen, da unsere Lebensart durch eine ignorante Politik verändert und so aufs Spiel gesetzt wird. Wir sind aber keine Spielfiguren auf dem Schachbrett einer Kanzlerin, die insgeheim eine ganze Gesellschaft für ihre miserable Politik – falls

man das überhaupt noch Politik nennen kann - in Geiselhaft nimmt und schachmatt setzt!

Diese Kanzlerin setzt sich bewusst im Denken und Handeln die Fakten missachtend, auffällig mit einer verquerten Moral zu oft über die Sorgen und Gefühle der deutschen Bevölkerung hinweg, besonders mit einer unausgegorenen, die innere Sicherheit gefährdenden Zuwanderungspolitik, deren Folgen sie selbst nicht kennen kann, uns aber aufbürdet. Den Teil ihres Amtseides:

"Schaden vom deutschen Volk zu wenden", ignoriert sie arrogant! Sie ignoriert das Geschäftsmodell von Flüchtlingsfamilien, die Ihre Jugend voranschicken, um nachher eine Familienzusammenführung beantragen zu können.

Diese Kurzsichtigkeit der Kanzlerin und ihres rückgratlosen Kabinetts (in dem ich keinen Minister mit Kompetenzen sehe) in der Verdrängung offensichtlicher Entwicklungen zulasten, nicht zugunsten unserer Gesellschaft, macht mich wütend und zugleich wegen der zutage tretenden Naivität, gepaart mit politischer Dummheit geradezu fassungslos! Was verehrte Frau Bundeskanzlerin machen sie mit unserer Demokratie? "Wissen sie, was sie gerade in den Köpfen und Herzen unserer noch demokratisch fühlenden und handelnden Gesellschaft eigentlich anrichten?" Was seit 12 Jahren dieser Kanzlerschaft mit unserer Demokratie passiert, ist zutiefst beängstigend!

Wir wollen zumindest eine Zwischenrechnung von den vergangenen, uns von ihr, der Kanzlerin aufgetischten schwer verdaulichen Menüs haben, bevor wir sie, eine auf Sicht fahrende Regierungschefin ohne Visionen und Konzept, ohne Prinzipien, anscheinend nur dem Machterhalt und nicht ihrem Wahlvolk verpflichtet, wiederwählen sollen! Es werden weitere vier Jahre des Siechtums mit Kompromissen auf kleinsten Nennern werden, in denen Mittelmäßigkeit das Maß Ihrer, der Kanzlerin-Politik sein wird, an deren Ende oder schon während ihrer Kanzlerschaft uns die Belastungen und Kosten die Tränen in die Augen treiben!

Unwiderrprochen durch die Kanzlerin kommen schon dreist vom IWF (Internationaler Währungs-Fond), bei dem die USA das Sagen hat, genau kalkulierte Anleitungen und Pläne ans Licht der Öffentlichkeit, das durch die von der EZB praktizierte Nullzinspolitik und eine in Deutschland drastisch gesteigerte Inflation, der Deutschen Vermögen dramatisch schrumpfen soll, um den anderen Schuldenstaaten des Euro- Währungsraums einen Anschluss an das

deutsche Wirtschafts- und Lohnniveau besser zu ermöglichen, als mit der zurzeit praktizierten Austeritätspolitik, die jede positive Entwicklung in den hochverschuldeten Peripheriestaaten abwürgt.

Eines ist doch sonnenklar, denn wenn dieser perfide Plan des IWF umgesetzt wird (er wird, wie wir bemerken) und aufgeht, schmelzen unsere, also der Deutschen Vermögen wie Butter im Backofen bei Ober- und Unterhitze schneller weg, als wir diese als Altersvorsorge ansparen können. Nullzinsen und Inflation bedeuten eine rigorose Vernichtung unserer Vermögen und Lebensleistung, umso schneller und einfacher auf unsere Kosten eine Entschuldung der Eurostaaten zu ermöglichen, welche durch die Übernahme der Zockerschulden und dadurch entstandene Bankenrisiken durch die Staaten in Billionenhöhen entstanden sind. Die hohe Verschuldungslage Europas hat in den Unverantwortlichkeiten der geretteten Banken, die sich plötzlich reihenweise als Systemrelevant betrachten, ihre Ursache.

So auch in Griechenland, welches auf Kosten und zu Lasten seiner Euronachbarn ein Rettungspaket nach dem anderen bekommt, um damit Bankenschulden begleichen zu können, selbst nichts davon hat und mit einer bedrückenden Arbeitslosigkeit um 25%, schrumpfenden Wirtschaft, schrumpfenden Löhnen und Renten und zerstörten Sozialsystemen dahinvegetiert. Und das alles, weil man die Verträge von Maastricht und die dort verankerte No-Bail-Out Klausel zerschlagen hat lassen. Damit hatte Frau Merkel im Mai 2010 den größten Anteil an der heutigen Situation, denn der damalige Bundeskanzler Kohl, der nun am 16.6.2017 verstarb, wollte Deutschland 1992 mit der NO-BAIL-OUT Klausel im Maastricht vertrag davor schützen, Schulden anderer Staaten zu übernehmen.

Die US-Bank Goldman-Sachs war es, die Griechenland in den Euroraum mit gefälschten Bilanzen als "Trojanisches Pferd" hineinschleuste, um dann später die Bankenschulden in öffentliche, also Staatshände überführen zu können! Der geniale Plan von Goldman-Sachs, im Interesse der Bankenwelt die NO-BAIL-OUT Klausel Kanzler Kohls quasi zu eliminieren, gelang Dank der Unfähigkeit der Staatschefs Europas, die Durchtriebenheit der Bankenwelt zu durchschauen! Denn wer erinnert sich und glaubt angesichts der Schuldenübernahmen und Dauerkreditierungen von 100 Milliarden alleine Deutschlands zugunsten Griechenlands heute noch an diese eminent wichtige Klausel. Keiner! Weltweit knallten in den Etagen der Banken nach dem ersten Griechenland-

Rettungspaket im Mai 2010 die Sektkorken!

Derjenige, der diese Klausel als Staatssekretär, welche die Übernahme von Schulden anderer Staaten des Währungsraumes verbot, in die Maastricht Verträge schrieb, Horst Köhler, eliminierte diese höchstpersönlich im Mai 2010 als Bundespräsident und trat wenige Tage später ebenfalls im Mai 2010 unter anderen Begründungen frustriert zurück, da Kanzlerin Merkel ihn kaltherzig im Stich ließ!

Ungestraft darf Mario Draghi, der EZB Chef deshalb schon heute, mit Rückendeckung und Applaus seines fast bankrotten Heimatstaates Italien ruinös für unsere Alterssicherungen gegen Vertragsinhalte nebst Mandate verstoßen, ohne dass Merkel auch nur ansatzweise an diesem vertrauensunwürdigen EZB Chef Kritik übt und das Feld der Kritik dem Bundesbankpräsidenten Weidmann überlässt, der sich für sie in den EZB Gremien seine Finger verbrennt.

In diesen drei Kanzlerschaften von Frau Merkel stieg die deutsche Staatsverschuldung um 700 Milliarden Euro auf knapp 2200 Milliarden Euro. Dazu kommen noch die unfassbaren Forderungen der Bundesbank in 2017 als größter Gläubiger der EZB aus dem TARGET2-System:

**TARGET2-Saldo: Forderungen der Bundesbank aus TARGET2: Betrag: 843.439.155.523,58 Euro (Stand: 30. April 2017)**

**Aktuell: Der Target2 Saldo der Bundesbank beträgt Ende Mai 2021 sagenhafte:** TARGET2-Saldo

**Forderungen der Bundesbank aus TARGET2**

Betrag: 1.076.918.528.276,57 Euro

(Stand: 31. Mai 2021)

Diese Summen dürften niemals so hoch auflaufen, da das Target 2 System kein Kreditsystem ist, sondern vertraglich vorgesehen als durchlaufender Posten über Nacht fast auf null gestellt werden sollte. Die Bundesbank kreditiert und sichert so die Aufträge an die deutsche Wirtschaft ab, die auf diesem Weg ihr Geld bekommt und keinerlei Risiken hat, da hinter der Bundesbank das Finanzministerium steht und somit die Steuerzahler haften, wenn diese Kredite nicht zurückgezahlt werden. Und diese werden nicht zurückgezahlt. Die Bundesbank sichert und finanziert so quasi die Aufträge an die deutsche Wirtschaft und stimuliert über diese gewaltigen Kredite von **1.076.918.528.276,57** Euro (Stand: 31. Mai 2021) das deutsche Wirtschaftsgeschehen mit! Bei einem kompletten Crash der Eurozone ist dieses Geld auch komplett weg

und muss abgeschrieben werden! Die Kredite an Spanien, Portugal und Irland sind bei dieser Aufstellung nicht eingerechnet. Dass diese Summen quasi abgeschrieben werden müssen, da sie bei einem Zusammenbruch der Eurozone wertlos sind, wissen aber die Deutschen nicht! Noch nicht.

Der Bundestag stimmte wegen der Versicherung Finanzminister Schäubles dem letzten, nun dritten Rettungspaket für Griechenland von 85 Milliarden weiteren Krediten nur unter der Bedingung zu, dass der IWF mit im Boot der „Troika“ sei, was sich aber im Nachhinein als falsch herausstellte, da der IWF in der sogenannten Troika schon längst nicht mehr mitmachen will, um seine eigenen Statuten nicht zu verletzen, die ihm verbieten, hochverschuldeten Staaten zu helfen, die ihre Schuldenlast nie mehr bewältigen können!!

Trotzdem wird diese Illusion von Schäuble, mit wachsweicher Unterstützung des IWF bis zu den kommenden Bundestagswahlen noch mit vernebelnden Argumenten aufrechterhalten, da er sonst der Lüge bezichtigt werden kann, mit der er den Bundestag täuschte! Ende Juni 2017 hielt es Schäuble nicht einmal für nötig, den Bundestag wegen der veränderten Sachlage, da der IWF in Wirklichkeit nicht bei der erneuten Kreditierungstranche Griechenlands von 8,5 Mrd. Euro dabei ist, erneut abstimmen zu lassen. Tricksen und täuschen ist seines, Schäubles Markenzeichen!

Was macht das aber schon, denn in der Spendenaffäre verließ ihn auch sein Gedächtnis auf wundersame Weise! Der deutsche Staat bürgt nun für ein anderes Land, also alleine für Griechenland mit ca. 110 Milliarden Euro, zuzüglich der bei der EZB versteckten Kosten für die ELA-Notkredite an Griechenlands Banken von ca. 90 Mrd. Euro. An all diesen Kosten ist Deutschland zu 1/3 beteiligt.

Diese Griechenland-Rettungen, die in Wirklichkeit nur deutschen und französischen Banken dienen, die sich dort verzockt haben, werden scheinbar unendlich weitergeführt und wir sollten es ehrlicherweise akzeptieren, dass diese Unsummen als Geschenk an die Banken und Griechenland anzusehen sind, was aber trotz der krachend gescheiterten alternativlosen Austeritätspolitik Merkels weiter geleugnet und vertuscht wird.

Wer hätte bei der Euroeinführung jemals an eine derart verfahrenere Situation gedacht? Wer hätte denn geglaubt, dass Italien bald ein noch viel größeres unbeherrschbareres Risiko für uns alle darstellt? Ich nicht. Nun auch noch die direkten Kosten von ca. 50 Mrd. Euro pro Jahr für die Beherbergung und Alimentierung von ca. 1.83



Millionen Flüchtlingen, Migranten, Wirtschaftsmigranten und Ausreisepflichtigen, die kein Land, auch deren Herkunftsländer mehr zurückhaben will! Da kann es einem schon schwindlig werden! Wann kommt für uns die Rechnung Frau Bundeskanzlerin?

Unstrittig vereint diese Kanzlerin Fähigkeiten in sich, die ihre innerparteilichen Kontrahenten schmerzlich zu spüren bekamen. Denn alle Gegner Merkels wurden derart erfolgreich weggebissen, weggelobt oder auch nur entmutigt, was zum gleichen Ergebnis führte, nämlich zu einer Erosion der gesellschaftlichen Kompetenzen der Unionsparteien, die in 2017 offensichtlich nicht in der Lage waren, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten auf den Schild zu hieven, oder einen anderen Kanzlerkandidaten zu benennen.

Dass diese entnervten ehemaligen Hoffnungsträger der Union mit ihren Kompetenzen und Vernetzungen in der Wirtschaft ihre Zukunft suchten und eine von Führungskräften entblößte Partei hinterließen, die jammervoll, wie seit ewigen CDU Zeiten wieder nur zu einem bloßen Kanzlerwahlverein mutierte, ist nicht nur für die Unionsparteien ein Schaden, sondern für uns alle.

Die scheinbare Alternativlosigkeit ihrer Politik und Ihrer Person höhle den Kern und die Substanz der CDU, auch der CSU unerträglich aus und lies deren wichtige Position im Parteienspektrum unkenntlich und lückenhaft werden, da Kanzlerin Merkel sogar links der Mitte fischte, mit der Folge, dass die SPD die alleine wegen der Agenda 2010 und Hartz4 schon schrumpfte und nun ihrer politischen Heimat beraubt, Mitglieder massenweise austraten.

Deren neuer letztlich gescheiterte Kanzlerkandidat Schulz sorgte zwar für ein beeindruckendes Strohfeuer an Umfragewerten, musste sich aber Mitte 2017 schon wieder deutlich hinter Merkels Sympathiewerten einordnen.

Merkel strebte quasi als politisches Neutrum derart in die Mitte und nach links und überall hin, wo ihre Machtbasis gestärkt werden kann, sodass sich rechts im Parteienspektrum Lücken auftaten, die nun von der AfD besetzt werden, mit der Folge, dass bald im Bundestag 6 Parteien zu sehen sind und Koalitionen immer schwieriger werden.

Eigentlich hat Kanzlerin Merkel keine fest zu definierende Position im Parteiengefüge und ist deshalb wie nun bei der Ehe für alle, für die sie großzügig mit einer wahltaktischen 180 Grad Wende im Bundestag für ihre Partei plötzlich den Fraktionszwang aufhob

beliebig. So beliebig, dass es ihr egal ist mit wem sie koalitiert. Hauptsache ihr Machterhalt ohne erklärte Positionen steht am Ende einer Koalitionsverhandlung.

Positionen anderer Parteien, die ihr schaden können, okkupiert sie einfach und macht sich diese, etwas umformuliert zu eigen! Jeder Koalitionspartner kann so nur verlieren wie die SPD und aus dem Bundestag fliegen wie zum Beispiel seinerzeit die FDP. Allzu viele Parteimitglieder fühlten sich in den Unionsparteien nicht mehr politisch beheimatet und wanderten zu politischen Alternativen ab oder traten einfach aus der Partei aus.

Derartige Abwanderungen haben allerdings auch die anderen etablierten Parteien zu beklagen. Besonders die SPD erfuhr in der GROKO einen Substanzverlust im Parlament bis unter die 22% Grenze. Die große alte Dame der Politik ist träge und feige geworden, denn sie nahm bisher ihre vorhandenen Chancen in der dritten Legislatur Merkels nicht wahr, eine links der Mitte vorhandene Mehrheit mit einer SPD geführte Regierung zu installieren, welche doch wie bei der Abstimmung zur "Ehe für alle" im Bundestag deutlich zu sehen war, die dann als Regierung in den Wahlkampf 2017 hätte starten können, also mit einem Regierungsbonus.

Wie sagte schon der Ex SPD Chef Müntefering: "Opposition ist Mist" und verkannte prompt den Wert einer starken Opposition für eine Demokratie. Wo steht denn die alte Tante SPD heute? Wenn sie sich nicht in der Opposition regenerieren will, ist sie bald keine Volkspartei mehr!

Nur, die alte Dame SPD ist auch arrogant geworden und will mit den LINKEN nicht können. Diese Mehrheit wäre zwar nicht komfortabel, aber rechnerisch vorhanden gewesen. Willi Brand hätte diese Chance genutzt, Vizekanzler Gabriel hatte nicht den Mut dazu gehabt. Sein Nachfolger Schulz, der die SPD vorübergehend in ungeahnte Höhen katapultierte und nun auf einer immer flüchtiger werdenden Sympathiewolke im Sinkflug daherfliegt, sieht eine Koalition mit den Linken als eine demokratische Option an. Gut so. Allerdings bezweifle ich, das für Schulz die Sympathiewerte bis zur Wahl im September anhalten, zumal nunmehr drei Landtagswahlkämpfe, im Saarland, Schleswig Holstein und im Herzland der SPD, NRW für die SPD verloren gingen und Hamburgs Oberbürgermeister Olaf Scholz als SPD Hoffnungsträger nach verlorener Wahl im September bei den Ausschreitungen mit Unvermögen glänzte.

Wie Puderzucker legt sich doch die Politik der inflationären Alternativlosigkeit dieser Kanzlerin lähmend über unsere Gesellschaft, deren Probleme, deren Sorgen, deren Gefühle, deren Ängste über einen nicht mehr zu kontrollierenden Rettungswahn der Eurozone und in 2015 nicht mehr zu kontrollierende Flüchtlingskarawanen, die die polizeiliche Autorität ignorierend, sich unbeirrt die Stellen in Deutschland aussuchen wollten, welche ihnen genehm erschienen, obwohl sie mit dem Übertritt auf europäische Außengrenzen schon in Sicherheit waren und keinerlei Rechte hatten, nach Deutschland zu pilgern! Millionen warten schon in Nah-Ost und aus dem tiefsten Afrika, um in ihr gelobtes Land Deutschland zu kommen. Können wir uns darüber freuen? Italiens Politiker erwägen schon Durchreisevisa für ca. 200.000 Flüchtlinge, um sie gen Norden zu uns oder nach Frankreich schicken zu können. Was kommt da noch?

Hilflosigkeit prägten doch seit der Flut von Asylanten, Scheinasylanten, und Wirtschaftsflüchtlingen die Aussagen wütender Innenminister der Länder und des Bundesinnenministers, welche die Zugangszahlen nicht registrierter im September 2015 bei 270000 schätzten. Bis Februar 2016 hatten sich laut Innenminister Thomas de Maizière insgesamt 500.000 Flüchtlinge jeglicher Kontrolle entzogen, waren nun kaum mehr auffindbar und kassieren mit verschiedenen Identitäten an verschiedenen Orten immer noch soziale Wohltaten zu Lasten der hiesigen Bevölkerung. Das ist ein unfassbarer Zustand, der jedoch bislang erfolgreich von der Bundesregierung und von den Medien in sedierenden Häppchen serviert, quasi als neue deutsche Normalität ventiliert wird.

Doch Silvester 2015 kam das Ganze von dieser Kanzlerin angerichtete Dilemma ihrer Flüchtlingspolitik auf der Kölner Domplatte schlagartig mit einem Donnerschlag ins Bewusstsein der Bürger Deutschlands, denen auf einmal klar wurde, wen wir da zu uns eingeladen hatten, oder einfach so reinließen und weiterhin hereinlassen. Ich möchte dieses Debakel der inneren Ordnung und innerer Sicherheit nicht weiter kommentieren, denn die Bilder in unseren Köpfen sprechen für sich.

Verantwortlich war zuallererst die Kanzlerin und dann erst die NRW Regierung. Bei der Teflon Kanzlerin tropfte jedoch wieder einmal alles ab und die NRW Regierung wurde 2017 abgewählt! Ist doch seltsam! Wann, wann eigentlich wird diese Kanzlerin für ihr Tun einmal verantwortlich gemacht?!

Wann kommt es endlich einmal in den Köpfen der Deutschen an, das der Kanzlerin Zickzackkurs auf sozusagen allen essentiellen Politikfeldern unsere Zukunft irreparabel beschädigt?

Miserable Zustände und Aggressionen in den Flüchtlingsunterkünften werden in homöopathischen Dosierungen an die Öffentlichkeit lanciert, um in der Bevölkerung aufkommende Ängste zu nivellieren. 290.000 sind in 2015 in einem Monat in Zügen, Bussen, privaten Autos und zu Fuß über die grüne Grenze unter Missachtung unserer Gesetze nach Deutschland förmlich hineingeströmt und es würde ungebremst so weitergehen, wenn die Balkanroute, Österreich, oder besser seinem jungen klugen Außenminister Kurz sei Dank, nicht wie bislang dicht hält, oder die Schlepper andere Wege nach Deutschland anbieten.

Wie hier schon beschrieben sind es über 1.2 Million Menschen, die Ende 2015, Anfang 2016 mit den 300.000 Ausreisepflichtigen, die schon da waren, nun hier in Deutschland. 2016 kamen noch 230.000 über alle Grenzen hinzu. Insgesamt beherbergen und alimentieren wir in Deutschland mittlerweile ca. 1.83 Millionen zusätzliche Migrantent!(Heute, 2021 leben in Deutschland mindestens 2,6 Millionen Asylanten, Flüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge!) Kostenfaktor nochmals: mindestens 50 Mrd. Euro hälftig für Bund und Länder pro Jahr! Das sind 18 kleine Großstädte a 100.000! Und in 2017 werden weitere ca. 200.000 hinzukommen!

Länder und Kommunen protestieren schon laut und vernehmlich, verlangen Kompensation, da ihnen die Flüchtlingskosten um die Ohren fliegen und ihre Bürger an allen Ecken Kürzungen hinnehmen müssen. Gelder für dringend nötige Investitionen bei der Versorgung der Flüchtlinge landen nun nicht in der Infrastruktur und zu bauender, dringend nötigen Kindergärten und Schulen samt Personal. Mehr Schulen und mehr Lehrer brauchen wir künftig bei den absehbar steigenden Kinderzahlen. Laut Bertelsmann-Stiftung fehlen in den Grundschulen bis 2025 bundesweit 24.110 Lehrer!! Und die Schulen müssen auch durch die zunehmende Zahl an Migrantenkinder mehr Schüler als erwartet, also ca.1,1 Millionen unterbringen, ohne dass die Schulsysteme darauf vorbereitet sind, denn heutige Schulen sind keine Bildungstempel, sondern vielerorts eher renovierungsbedürftige Baracken.

Um jede Million wurde in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung gegezitt. Nun werden die Füllhörner ausgepackt und auf einmal sind wundersam 50 Milliarden pro Jahr und mehr aus den

ehemals doch so leeren Finanztöpfen des Finanzministers vorhanden!!! Auch unsere Sozialsysteme ächzen unter der Last vieler kranker Flüchtlinge, die nun zusätzlich mit den hiesigen Kranken zur Belastung werden. Man schaue sich doch einmal unverkrampft in den Eingangshallen und Anmeldungen der Krankenhäuser um! Hier werden Kürzungen und/oder Zuzahlungen für die Biobevölkerung noch kommen! Garantiert! Doch diejenigen, welche auf diese unübersehbaren Risiken hinweisen, sind prompt mitsamt ihren Fakten Rechtspopulisten und werden in die fiese Ecke der Unmenschlichkeit gedrängt!

In der von dem Merkelwohlfühlpuderzucker überpuderten Landschaft dieser immer Merkelkonformer werdenden Republik, sieht von der Sonne angestrahlt, halt alles weiß und sauber aus und macht gesellschaftliche Proteste obsolet. Diese Kanzlerin kann Fehler im Euroraum machen wie sie auch will, Hunderte Milliarden Kosten zulasten von uns und unserer Kinder Zukunft verursachen, unsere Kultur und Gesellschaft und Kultur und innere Sicherheit durch Millionen zu uns flüchtende Menschen fremder Kulturen in existenzielle Gefahr bringen, die sich eben nicht anpassen wollen und ihre Religion, ihre Scharia, über unser Recht und Gesetze stellen. Alles tropft an ihr ab und unbeschadet ihrer offensichtlichen Fehler wird sie immer wiedergewählt. Auch in diesem Jahr 2017. Das ist für mich ein Phänomen, welches zwar vielen Respekt einflößt, mir jedoch nicht, da ich die Fehler hinter dem schönen Schein sehe, die wir alle in Zukunft ausbaden müssen. Und das wird sehr schmerzhaft werden!

Etwa ähnlich schmerzhaft, wie es die Hamburger Bürger vom 7. bis zum 9. Juli 2017 beim G20 Gipfel erleben mussten. Jeder nachdenkende Verantwortliche wusste um die Risiken, die von den schon immer verblendeten Linksradiakalen ausgehen würden, die unter dem vielsagenden Slogan „Welcome to hell!“ aus ganz Deutschland und Europa angereist kamen, nur um Krawall zu machen. Doch der Schutz der Bürger in einigen Stadtteilen war nachrangig gegenüber dem Schutz der 20 Staatsgäste samt dem Tross von 10.000 Begleitern. Ging das nicht auch einige Nummern kleiner? Warum dieser unnütze Gigantismus?

Ungefähr 500 Polizisten wurden verletzt und unzählige Bürger ebenfalls. Dutzende Autos wurden abgefackelt und viele, viele Geschäfte ausgeraubt und zerstört. Straßen durch das Herausreißen von Steinen ramponiert um mit diesen kiloschweren Wurfgeschossen

Polizisten zu verletzen oder gar zu töten, was Gottseidank nicht geschah. Aber diese Risiken wurden bewusst in Kauf genommen. Auf unsere so höchstgefährdeten Gesetzeshüter wurden sogar Molotowcocktails geworfen. Eine noch nie so gekannte Gewalt wurde offenbar, die auch noch von umstehenden wohl geistig minderbemittelten „Normalbürgern“ beklatscht und befeuert wurde. Zu den Kosten für über 20.000 Polizisten im Einsatz und hunderte von Millionen an Kosten für die Absicherung des G20 Gipfels kommen nun auch die Schäden in der Stadt. Wer ist jetzt für alles verantwortlich? Wer bezahlt den Bürgern die verbrannten Autos, die demolierten Geschäfte oder die Schäden an deren Psyche? Teile Hamburgs waren in einem rechtsfreien Raum purer Anarchie und Staatsversagen ausgesetzt! Die Täter, so man diese hoffentlich fasst, gehören ohne Bewährung mit Höchststrafen hinter Gittern, und diejenigen, die diesen Mob gerufen und angestachelt haben ebenfalls, und müssen, wenn sie wieder auf freiem Fuß sind, die ihnen nachgewiesenen Schäden bezahlen.

Die Bundesregierung, die angesichts der bekannten Risiken G20 in Hamburg wollte, muss den Bürgern ihre Schäden und Autos ersetzen! Also wir alle!

Hier kann sich Kanzlerin Merkel nicht hinter Formalien verstecken und argumentieren, dass der Bund für Vandalismus nicht zuständig sei, denn die Bundesregierung hat die Vandalen von Hamburg geradezu eingeladen und nicht verhindert! Versicherungen ziehen sich bei Vandalismus komplett zurück. Noch sind wir ein Rechtsstaat, der sich gegen derartig Gewalttätige wehren und für den von ihm zu verantworteten mangelhaften Schutz seiner Bürger geradestehen muss!

Aber an der Teflon Kanzlerin tropfte erkennbar wieder alles ab, obwohl diese den G20 in Hamburg wollte.

An Bürgermeister Scholz bleibt nun alles hängen und der Entschuldigte sich schon einmal. Entschuldigte sich Frau Merkel für diese ungeheuren Kosten und die minimalen, winzigen, unscheinbaren Ergebnisse dieses Mammutgipfels mit der Niederkunft einer Feldmaus? Jetzt tönen Frau Merkel und ihre Paladine: man muss sich doch in einer deutschen Stadt mit den wichtigsten und mächtigsten Politikern der Welt zusammentun können, um einmal die Weltprobleme zu besprechen.

Aber zu diesem Preis und diesen Opfern? Und wozu gibt es die UNO

in New York? Dort wären derartige Treffen ideal angesiedelt, doch die UNO will man seitens der USA kleinhalten, sodass diese nirgends reinreden kann.

Ja, das muss man tun können, meine ich auch, aber so, dass auf keinen Fall Bürger und Polizisten derartig zu Schaden kommen und keine Stadt nachher derart wie nach einem Krieg aussieht.

"So geht das nicht mehr, Frau Bundeskanzlerin! Da müssen wir oben erwähnt andere Tagungsideen her!" In Hamburg haben viele Verantwortliche den Mund zu voll genommen und versagt und die Kanzlerin zu wenig über den Tagungsort nachgedacht und Zuviel verlangt.

Also muss die Bundesregierung die Schäden in voller Höhe erstatten! Ob Frau Merkel zu ihrem Versprechen steht und kein Bürger auf seinen Schäden sitzenbleibt? Wir werden sehen.

Doch dieser G20 Gipfel wird uns mit dem ihn begleitenden Straßenterror als staatliches Desaster im Gedächtnis bleiben, nicht seine Ergebnisse, deren Winzigkeiten auf kleinstem Nenner von Kanzlerin Merkel wieder wie immer überhöht angepriesen wurden. Aber das kennen wir ja schon.

Dieser G20 Gipfelglanz, dessen Licht Merkel erstrahlen lassen sollte, wurde von den überall aufsteigenden Rauchsäulen brennender Autos und Straßenbarrikaden verdunkelt. Es schien, als würde nicht nur Hamburg brennen!

Bürgermeister Scholz zum Rücktritt zu drängen halte ich für unredlich, das macht dieser wie er kundtat auch nicht. Aber gehen müsste er schon, auch wenn er meint, alles richtig gemacht zu haben. Doch wofür entschuldigte er sich dann? Eine Entschuldigung impliziert doch eine Schuld, von der man entlastet werden will?

Aber aufräumen muss er, auch in der linksradikalen Szene in ihren bislang tolerierten Zentren Hamburgs. Ob ANTIFA oder Linksradikalismus, oder Rechtsradikalismus, oder fundamental islamistischer Terror, alle sind eine Gefahr für unsere Demokratie und müssen erbarmungslos mit allen Konsequenzen bekämpft werden, denn diese gehören in all ihren gewalttätigen Ergebnissen zur gleichen Kategorie, nämlich Terror!

Diese extremen Linken, von links denkenden Parteien umhütselt in Watte gepackt, sind mit ihren gewalttätigen Sympathisanten gegen alles und jedes, nur nicht für Vernunft. Gewalttätigkeiten machen Spaß, sind Events, denen man europaweit ohne Rücksichten auf

Menschen und deren Eigentum als willkommene Nervenkitzel und Abwechslung gerne frönt, da die an Gesetze gebunden Staaten geradezu hilflos in der Herbeibringung von Beweislagen wirken, und wenn diese dann vorhanden sind, Gerichte und Rechtsanwälte selbige relativieren um den armen, vom Leben ungerecht behandelten Jungs mildernde Umstände und milde Urteilssprüche zuzubilligen!

Wo tendiert unsere Gesellschaft von Mittelmäßigkeit regiert, eigentlich hin?

In 12 Jahren ist Merkel Schneeblind geworden, sieht in der deutschen Gesellschaft nur noch das Funktionieren der Wirtschaft, somit ein strahlendes alternativloses Weiß merkelscher Politik. Nur brummt unsere Wirtschaft nicht wegen der Politik Merkels, sondern trotz dieser, so sehr die Kanzlerin sich dafür auch selbst auf die Schultern klopfen will. Doch der Neid unserer Nachbarn ist uns Deutschen sowieso gewiss, die es selbst nicht fertigbringen ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme auf Vordermann zu bringen und uns nun nahebringen wollen, konkurrenzunfähiger zu werden oder im Gegenzug noch mehr Transferleistungen zuzustimmen. Welch eine Verirrung im Denken!

Nach den Wahlen im Herbst 2017 sehen wir dann deutlicher auf die von dieser Kanzlerin geschaffenen Realitäten, nämlich auf die nach wie vor ungelösten Flüchtlings- Asylanten- Energie- und Eurozonenprobleme, die eben nicht auf Dauer vertuscht werden können.

Die Gesellschaft nimmt es einfach so hin, dass Deutschland von der Kanzlerin von einer sozialen Marktwirtschaft zu einer Wirtschaftskonformen Marktgesellschaft transferiert wird, in der die Interessen der Finanzwelt und der Wirtschaft absoluten Vorrang haben, was in einer Lohnpolitik mit Dumpinglöhnen und Marginalisierung der Gewerkschaften und prekären Arbeitsverhältnissen schon längstens ersichtlich ist. Unverständlicher Weise passen sich die Gewerkschaften dieser für soziale Belange, Arbeitsverhältnisse und Renten verhängnisvollen Politik an und vergessen ihre Bestimmung in unserer Gesellschaft und sind deshalb mittlerweile nur noch ein Schatten ihrer selbst.

Die seit der Kanzlerschaft Helmut Kohls losgetretene Privatisierungswelle, von Kanzlerin Merkel durch ihren irrigen Glauben an die Selbstregulierungskräfte der Märkte verstärkt, ließ von der sozialen Marktwirtschaft, die auch dem Schutz der Arbeitenden diente, kaum noch etwas übrig, schaut man auf die



prekären Arbeitsbedingungen in der von Konzernen dominierten Wirtschaft Deutschlands, die unser Land zu Europas größten Dumpinglohnland mit fatalen Auswirkungen auf die Altersvorsorgen gemacht haben.

Immer deutlicher wird erkennbar, dass sich die Märkte wegen des Profits niemals selbst regulieren wollen, deshalb aber reguliert werden müssten und dazu sind eigentlich sozial geprägte Staaten verpflichtet! Doch zu wenig passiert, um die vom Neoliberalismus geprägte Globalisierung in ihre Schranken zu weisen, obwohl die Staaten, wenn sie wollten, die Macht dazu hätten! Noch!

An den entscheidenden Strippen ziehen aber zurzeit eben nicht die Staaten, sondern die 62 Personen, es können einige mehr oder weniger sein, in deren Händen die gebündelte Finanzmacht über Banken, Konzerne und Staaten liegt, die größer ist als die der ärmeren Hälfte der Menschheit!

Kanzlerin Merkel unterscheidet sich in nichts von anderen Politikern, da auch sie wie diese im Gegensatz zu Ökonomen, die wissenschaftlich in Dekaden denken, lediglich in Legislaturperioden denkt und in diese, um wiedergewählt zu werden, zulasten der Ökonomie und Zukunft möglichst viel hineinpackt. Am Ende einer Legislatur sind es dann wie immer nur Versprechungen, welche die Mängel vergangener Regierungsjahre aufhübschen sollen.

Heute den Bürgern aber die Wahrheit zu sagen, dass sie sich irrte und in den großen Problemfeldern der EU, des Euroraums, der Migrantenkrisen, der Umgestaltung unserer Gesellschaft fatalen Irrtümern nachgegangen ist, käme ja einer Bankrotterklärung ihrer seit 12 Jahren betriebenen Politik gleich. Ihre jeweiligen Koalitionäre stehen vor den gleichen Problemen!

Also geht Kanzlerin Merkel unbeirrt ihren immer mehr Bürger verstörenden Weg mit Scheuklappen versehen weiter. In dieser Haltung wird Frau Merkel von denjenigen Unterstützung finden, die diese, also der Kanzlerin Politik seit 12 Jahren immer mitgetragen haben, und das sind eben CDU/CSU/SPD/FDP/ und die wirklichkeitsfernen GRÜNEN.

Folglich wird sich die künftige Politik Deutschlands auch in der nächsten Legislaturperiode nicht wesentlich von derjenigen unterscheiden können, welche die Kanzlerin bisher betrieb, da fast alle etablierten Parteien im Bundestag und in den Ländern daran beteiligt waren!

Die gesetzlich verbrieften Rechte der Bürger werden zunehmend einer konzeptlosen Beliebigkeit der Bundesregierungen von Kanzlerin Merkel ausgeliefert, die Richtungswechsel auf allen Politikfeldern in kürzester Zeit ohne jegliche Hemmungen vollzieht und das noch als Erfolg verkauft, was aber jeder nachdenkliche Bürger als Versagen bewertet. Nochmals: man schaue auf die "Ehe für alle", der die Kanzlerin so eben mal am 27.6.2017 zustimmte, um ihre Koalitionsfähigkeiten mit den GRÜNEN und der FDP, die das zur Bedingung machten nach der Wahl 2017 zu gewährleisten.

So nebenbei räumte sie eine eherne Einstellung der UNION ab und düpierte so deren Abgeordnete und deren Wähler! Oder kann man den Beschluss des Bundestages zur Genehmigung eines Bundesspionagetrojaners, der in einem anderen Gesetz trickreich versteckt war, gutheißen, oder den genehmigten abgespeckten Gesetzentwurf von Justizminister Maas(los) zur Entfernung von Unwahrheiten im Netz? Hier werden unsere Rechte dreist ausgehebelt um mit dem Hinweis auf den Terrorismus uns besser kontrollieren zu können! Desgleichen auch bei der immer mehr drohenden Abschaffung unseres Bargeldes, was den Regierungen vom IWF trickreich vorgeschlagen wird.

Alles was diese Bundesregierung macht, ist "alternativlos" richtig und wird zunehmend nach dem "Ordre du Mufti" Prinzip durchgesetzt. Kanzlerin Merkels Politik gerät zugleich mit den von ihren mitgetätigten Vertragsbrüchen in der Eurozone und Nichteinhaltung von Asylgesetzen in einen veritablen Konflikt mit der Gesetzeslage unseres Staates, der EU und dem Vertrauen unserer Nachbarn.

Deutsche Gesetze und zwingend vorgegebene parlamentarische Abläufe, die unverständlicherweise wieder und wieder ohne Gegenwehr der Gesellschaft und des Bundesparlaments den Gegebenheiten der alternativlosen Politik Bundeskanzlerin Merkels uminterpretiert werden, sind erkennbar für die Bundesregierung keine Parameter mehr, sondern nur noch variable Gummiparagraphen, deren man sich in den Regierungsetagen je nach politischen Bedürfnissen bedient.

So ist die Liste der zu kritisierenden Politik Merkels noch lange nicht zu Ende.

Nicht zu vergessen den schon über 9 Jahre andauernden Einsatz im Afghanistankrieg mit **56 Toten** Bundesbürgern, der immer wieder vom Bundesparlament verlängert wurde, der selbst nach so vielen Jahren niemals eine Sinnhaftigkeit beanspruchen konnte, da heute

2021, 56 Tote später die dortigen Kriegsherren alte Positionen wieder besetzen wie in der Stadt Kundus, aus der kürzlich deutsche Truppen abzogen, denen, wie uns vorgegaukelt wurde, dass unsere Sicherheit in Afghanistan verteidigt werden müsse.

**Kosten:** Bei einem Abzug im Jahr 2011(!) betrachtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Gesamtsumme von 18–33 Mrd. Euro als realistisch. Heute 2021 sind wir weitere 10 Jahre mit allen angefallenen Kosten in diesem Land, wo nicht unsere Sicherheit verteidigt wird! Dieser sinnwidrige Einsatz kostet nach Ansicht vieler Kundigen mindestens 50 Milliarden Euro!

Bei uns ist durch die Politik der Kanzlerin die innere Sicherheit mittlerweile gefährdet!

Des Weiteren die politischen Fehlleistungen bei unserer Bundeswehr durch die Aussetzung der Wehrpflicht, die auf Verschleiß gefahrene geradezu peinliche mangelhafte Materialausstattung der Bundeswehr, die den an sie gestellten Anforderungen unterfinanziert niemals gerecht werden kann, aber im Vergleich zu anderen Armeen Europas, wie eine Abbruchhalde wirkt, da Panzer, Militärfahrzeuge und Flugzeuge ausgeschlachtet werden, um überhaupt irgendwo zum Einsatz kommen zu können! Zum Vergleich: deutscher Verteidigungsetat: Ca. 40 Mrd. vorläufige Flüchtlingskosten: Ca 50 Mrd. pro Jahr!

Die unsouveräne Hinnahme der US Spionage durch die US-NSA und das Ausspionieren der deutschen Bürger, des Kanzleramtes, des Telefons der deutschen Kanzlerin, logisch auch des Hackerangriffs der US-NSA auf den Bundestag, wer denn sonst kann es gewesen sein.

Die unsouveräne Hinnahme der US-Anordnung, den freien Staaten Europas mit Sanktionsbefehlen vorzuschreiben, mit wem sie Handel betreiben dürfen, welche die Beziehungen Deutschlands und ganz Europas zu Russland irreparabel, aber im Sinne der USA beschädigten und weiterhin in der deutschen Wirtschaft Schäden in Milliardenhöhe verursacht.(17 Mrd. in 2017!) Mitte Juni 2016 und Mitte 2017 wurden für viele Deutsche unverständlich diese Sanktionen für ein halbes Jahr verlängert und treffen uns und unseren wichtigsten Öl- und Gaslieferanten, der uns in den kältesten Zeiten des Kalten Krieges immer vertragstreu belieferte. Die USA wollen Russland mit Eigenlieferungen von Öl und Gas aus ihren verseuchten Fracking-Regionen aus dem europäischen Energiemarkt drängen und eine weitere Nord-Stream-Pipeline Russlands

verhindern! Das steckt hinter den Manövern Trumps! Und die dummlich ohne wirkliche Macht agierende EU-Spitze merkt nicht einmal, dass wir so von einer, bislang zuverlässigen in eine andere, unsichere Abhängigkeit manövriert werden!

### **Welch ein von den USA und der Kanzlerin orchestrierter Irrsinn!**

All das gibt ein wenig überzeugendes Bild einer Kanzlerin ab, die laut Amtseid dem Wohle des deutschen Volkes verpflichtet ist und Schaden von diesem abwenden soll!

### **Sie hat, wenn man genau hinschaut, alle Amtseide bisher gebrochen!**

Das Wohl der Deutschen muss diese Kanzlerin nicht unbedingt mehren, wie es im Amtseid steht, doch Schaden soll sie von uns abwenden, aber das tut sie mit ihrer Politik gerade nicht!!

Keine Kanzlerschaft hat nach Kriegsende dem deutschen Volk derart geschadet wie diese Kanzlerschaften Merkels. Und kein Kanzler vorher hat Deutschland in Europa mit der Flüchtlingspolitik derart isoliert wie diese Kanzlerin.

Schaut man auf die unbewiesenen Fehler des erster Klasse freigesprochenen EX-Bundes-Präsidenten Wulff, bei denen es letztlich nur noch um lächerliche 750 Euro ging, stellt man sich unwillkürlich die Frage, warum die Staatsanwaltschaft angesichts des von dieser Kanzlerin angerichteten Schadens noch nicht an deren Türe angeklopft hat und wegschaut.

Doch es ist halt so, dass Politiker für die Schäden, die sie angerichtet haben, nicht geradestehen müssen, auch, wenn diese zum Staatsbankrott führen können. Leider.

Allem setzen jedoch ihre Zumutungen für das eigene Volk die Krone auf, von dem sie eine Willkommenskultur für Millionen und weitere Millionen noch kommenden Flüchtlingen verlangt, ohne über die Folgen ihres Handelns vom Ende her nachzudenken. Wir sollen uns „eines anderen Denkens“ zu diesem Migrantener oder besser ungeordneten Asylantenstromes befleißigen, sagt diese Kanzlerin, die das alles aber nicht durchdacht hatte, als sie unsere Grenzen durch das von ihr gebilligte Staatsversagen verleugnete.

Grenzen sind aber wichtig, sie signalisieren den Unterschied zu etwas anderem, nicht etwa schlechterem, nur anderem, den Unterschied zwischen der deutschen Kultur und Lebensweise zu der unserer

Nachbarn und das schon seit tausenden von Jahren! Heute lieben wir und unsere Nachbarn den Grenzübertritt in eine andere Nation mit ihren spezifischen Besonderheiten als unverzichtbaren Bestandteil unseres Lebens in einem gemeinsamen EU-Raum.

Aber müssen wir eine ungesteuerte Migration von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem afrikanischen Kontinent dulden, die mit Asyl nichts zu tun hat? Nein, denn wir haben das Recht von unserer Regierung zu fordern, das sie endlich ein Einwanderungsgesetz schafft, welches garantiert, dass nur die zu uns kommen können, die uns mit ihrem Können dienen und sich so selbst und ihre Familien ernähren können und sich nicht in unsere Sozialsysteme und Hartz 4 auf Kosten der Biobevölkerung einnisten.

Ich schrieb es schon öfters, doch nochmals: Keine Bundesregierung hat das Recht, die Zusammensetzung und Kultur der deutschen Bevölkerung durch Millionen leichtsinnig herbeigerufener Flüchtlinge aus fremden Kulturen und Ethnien „Per Ordre du Mufti“ zu verändern!!!

Keine Bundesregierung hat das Recht aus purer Rechthaberei, aber jenseits der Gefühle und Möglichkeiten der deutschen Bevölkerung, dieser eine Nachbarschaft aufzuoktroyieren, die alleine schon aus kulturellen den facettenreichen religiösen Unterschieden Probleme schafft.

Keine Bundesregierung hat das Recht der deutschen Bevölkerung diese ungeheuren Kosten aufzubürden, die diese Flüchtlingsflut auslöst. Auf unabsehbare Jahre hinaus werden pro Jahr wie schon hier geschrieben vorsichtig geschätzt 50 Milliarden und mehr Euro an Kosten alleine für Bund und Länder entstehen, ohne die nachkommenden Familienangehörigen eingerechnet zu haben, die auch wieder in die Millionen gehen werden und ohne die Kosten des zwingend einsetzenden Wohnungsbaus berücksichtigt zu haben. Wer soll denn für diese ungeheuren, uns aber noch nicht ehrlich aufgelisteten Kosten aufkommen?

Was die Kommunen noch drauflegen müssen, geht ebenfalls in die Milliarden. Und die Kommunen sind jetzt schon am Ende, wenn sie ehrlich sind, (und diese sind ehrlich mit ihrem Protest) da die kommunalen Haushalte geradezu explodieren.

Der Deutsche Städtetag bezifferte die Steigerung der Sozialausgaben im Jahr 2016 um 9,8% / 5.3 Mrd. auf 59,3 Milliarden Euro und schlägt Alarm. Die Stadt Freiberg in Sachsen schickte Kanzlerin

Merkel eine Rechnung zu, da Merkel versprach, dass Bund, Länder und Kommunen für die Migranten keinerlei Schulden machen müssten und verlangte von ihr 736.000 Euro Integrationskosten für 1.700 Flüchtlinge zurück und forderte gleichzeitig eine ehrlichere Debatte über die hohen Belastungen der Kommunen durch Migranten.

Migrantenkosten für Bund und Länder je 25 Mrd. Euro! Hier sind die Medien trotz anstehender Wahlen gefordert uns aufzuklären. Stattdessen las ich in der Koblenzer Rhein-Zeitung von einer wachweichen Studie, die uns weismachen will, dass in fünf Jahren jeder zweite Flüchtling in einem Job sei. Deutsche Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor werden sich gewiss freuen. Wer hat denn diese Studie, die lediglich auf einer „Befragung von 4.800 Flüchtlingen“ basierte, in Auftrag gegeben und warum wird so eine halbgare Information überhaupt veröffentlicht. Zu unserer Beruhigung?

Wer das alles bezahlt ist doch klar, nämlich die 90% der Bürger, die 10% des deutschen Vermögens besitzen und nicht die 10% der Bürger, die 90% des deutschen Vermögens kontrollieren!

Wie leben in einer Demokratie, was heißt, dass die Bürger ein Mitspracherecht haben, besonders dann, wenn diese essentiell in ihrem Umfeld und Lebensweise betroffen sind!

In all den angesprochenen Verfehlungen der Regierung Merkel wurde über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden und deren Verständnis von Demokratie und dem Konsens der Bürger zu ihrem Staat schwerer Schaden zugefügt. Dessen scheint sich diese Kanzlerin aber gar nicht bewusst zu sein! Nochmals, der Mensch Merkel ist mir sympathisch, die Kanzlerin Merkel jedoch mit ihrer Politik nicht!

Unser deutscher Staat besteht aus 82 Millionen Menschen, 82 Millionen Individuen, die nicht andauernd die Süppchen auslöffeln wollen, die Frau Merkel sich in der Uckermark am heimischen Herd je nach Lust und Laune, gewürzt mit ihrem Unvermögen ausdenkt! Diese ungenießbaren Süppchen mögen wir nicht, zumal, wenn der Chefkoch aus Übersee bislang andauernd hineinspuckte und bisher sogar die Rezeptur vorgab! Wie US-Präsident Trump sich einmischen oder heraushalten will, wird uns die Zukunft noch zeigen. Hier glaube ich aber schon, dass die EU-Chefköche Merkel und Macron dem US-Politiklehrling das Topfgucken und Verwürzen verwehren werden!

Wir Deutsche haben in der Vergangenheit schon so manche Suppe unserer Kanzler auslöffeln müssen und sind es leid, unsere Geschmacksknospen und unsere Mägen weiter zu verrenken, um die experimentellen rudimentären Kochkünste einer Pfarrerstochter hinzunehmen und durch Wahlen auch noch gutzuheißen!

Wir 82 Millionen Bundesbürger sind keine Zuchtobjekte, die sich der Chemie einer Kanzlerin anpassen sollen, deren Weltbild wie auch ihre politische und geistige Grundsubstanz zu DDR Zeiten entstand. Wir Deutsche wissen, dass wir schrumpfen, doch das Wehklagen der Industrie dient nur der Wahrung ihrer Interessen, denen eine schrumpfende Gesellschaft nicht mehr in gewohnten Umsatzgrößenordnungen gerecht werden kann.

Natürlich braucht Deutschland Zuwanderung. Alleine die ungünstigen demografischen Gegebenheiten machen eine geregelte Zuwanderung unumgänglich. Aber geregelt und nicht so chaotisch, gegen Gesetz und Recht, nur mit dem moralischen Imperativ der Kanzlerin versehen, wie zurzeit. Wir brauchen Menschen, die etwas können, unserer Gesellschaft nützlich sind, ausgewählt nach Kriterien, wie in Kanada und Australien, aber keine Einwanderung in unsere Sozialsysteme, die sowieso schon, wegen der demographischen Entwicklung Deutschlands auf Kante genäht sind!

Zusammen mit diesem Faktum und der moralischen Vergewaltigung der Bundesregierung, in ihrer Verzweiflung den Nachbarn Deutschlands mehr Flüchtlinge aufzuhalsen zu wollen, aber es nicht können, als diese aufzunehmen bereit sind und mit den ungelösten, jederzeit aufbrechenden Verschuldungskrisen des Euroraums, deren Verursacher in den Bankentürmen zu finden sind, und dem BREXIT entsteht in Europa ein hochexplosives Gemisch, das die Einigung Europas, die sowieso immer schon äußerst fraglich war, in die Luft sprengen kann.

Diese Gefahr ist trotz der positiven Erscheinung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und den auf ihm basierenden Hoffnungen nicht im Ansatz entschärft, denn zu sehr bedrohen die faulen Kredite der europäischen Banken in Höhe von 1 Billion Euro und die Staatsschulden mit 4,5 Billionen Euro unsere Zukunft!

Alle von mir angesprochenen Problemfelder führen zwingend zu dem Schluss, dass „Mutti“ aus der Uckermark die Übersicht verloren hat. Falls diese jemals vorhanden war!

Das erfolgreiche Wegbeißen der innerparteilichen Konkurrenten ist

das eine, aber ein Volk von 82 Millionen Individuen zukunftsorientiert zu führen das andere! Aber dauerhaft 82 Millionen Menschen eine Sichtweise zu verordnen, welche gegen deren eigene Interessen gerichtet ist, kann nicht gutgehen!

Wir können nicht andauernd entpolitisiert auf Wunsch dieser Kanzlerin Scheuklappen aufsetzen, nicht nach links oder rechts schauen, und so das Geschehen um uns herum ausblenden, oder unsere horrenden, unablässig steigenden Abgaben und Kürzungen von staatlichen Leistungen ignorieren! Da beruhigen auch nicht die empörten Sprüche von Politikern, dass es den Deutschen noch nie so gut ging wie heute. Mag wohl sein, aber wir lassen uns nicht gerne an den Abgrund führen!

Alles, was seit dem Eintreffen von Millionen Menschen aus einem anderen Kulturkreis, anderen Religionen mit deren innewohnenden Problemen hier bei uns an Gesetzesbrüchen jedweder Art geschah, wurde von der Regierung und den Medien mit verharmlosenden Formulierungen begleitet, die unsere Wahrnehmung von dem was geschieht, nivellieren sollen.

Doch die am Montag dem 24. April 2017 vom Innenminister Thomas de Maizière vorgelegte Kriminalstatistik bestätigte alle diejenigen, auch mich, dass die Situation in Deutschland brisanter ist und uns bisher wegen der kommenden Bundestagswahlen verschwiegen wurde.

Die vom Innenminister vorgelegten Zahlen haben keinerlei Beruhigungscharakter und sind auch für die Kanzlerin ein brisanter politischer Sprengstoff. Die Zahl der Zuwanderer, die tatverdächtig sind, ist 2016 im Vorjahresvergleich um mehr als 52,7 Prozent gestiegen. Das sind in Zahlen: Von 114.238 auf 174.438.

Hier gibt es nichts mehr zu vertuschen, denn die Zahlen liegen nun erstmals auf dem Tisch. Falsche Beschwichtigungen in den vergangenen Jahren wurden entlarvt und für viele, die bislang noch glaubten, dass zu uns nur Ärzte, Wissenschaftler, gut Ausgebildete und ausnahmslos gesetzestreue, wissbegierige, kreuzbrave, dankbare Flüchtlinge/Migranten gekommen sind, zerbrach ein irrationaler Glaube an der Rechtschaffenheit unserer Bundesregierung!

Das durfte nie geschehen, besonders nicht vor so wichtigen Wahlen. Die Beruhigungspillen der Bundesregierung wirken ab jetzt nicht mehr und können unsere eigenen Wahrnehmung dessen, was um



uns herum in den Großstädten, Kleinstädten, an deren Rändern in eilig hingebauten Ghettos und unseren Dörfern geschieht, nicht mehr sedieren, sosehr das auch den Wahlkampf aller Beteiligten stört. Die Zuwanderer sind also überproportional an Gewalt und Gewaltverbrechen beteiligt und stellen zu 10% alle verdächtigen Straftäter, obwohl sie nur etwa 0,5% bis 2,5% der hier Wohnenden ausmachen.

Bei Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen liegt der Anteil der zugewanderten Tatverdächtigen bei für uns alle beklemmenden 14,9 Prozent. Ein Drittel aller tatverdächtigen Zuwanderer sind mittlerweile "Mehrfachtatverdächtige"! Wir werden uns noch wundern, wie diese Zahlen angesichts der Perspektivlosigkeit mehrerer Hunderttausender, die in gähnender Langeweile in Zelten und provisorischen Unterkünften verharren und die von skrupellosen Verbrechern zu solchen, oder zu Kleinkriminellen gemacht werden, steigen und steigen! Diese werden uns dann gewiss auch noch als "Opfer" präsentiert, bei denen man Milde walten lassen müsse. Die uns allen unverständlichen Urteile deutscher Gerichte zu Verbrechen von den zu uns Geflüchteten geben zu denken, schaut man auf Urteile gegen deutsche Gesetzesbrecher mit wesentlich geringeren Straftaten!

Wir dürfen gespannt sein, wann uns, wie die Kanzlerin diese nun offenkundigen für sie unbequemen Zahlen ihres Innenministers de Maizière zu ihrer Glaubwürdigkeit uminterpretieren wird oder schweigt und diese wie gehabt aussitzt. Letzteres wird sie tun.

Nur vertrauen sollten wir einer Regierungschefin, die uns über Jahre (von 2010-2017) hinters Licht geführt hat nun nicht mehr, sosehr sie sich auch um ihre Wiederwahl bemüht und mit Worthülsen und nebulösen Versprechungen um sich wirft.

Der Kanzlerin weiterhin vertrauensvoll das Händchen zu Führung geben nutzt ja auch nichts, denn diese weiß ja anscheinend selbst nicht mehr wohin und wandelt wie eine Schlafwandlerin, die politischen wie auch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten umgehend durch die Geschichte.

Diese wird dieser Kanzlerin gewiss keine guten Arbeitszeugnisse ausstellen, aber diese braucht sie, wenn sie nach dem angerichteten Scherbenhaufen nicht mehr in Amt und Würden steht, sowieso nicht mehr.

Jeder, der sich einen schönen Abend gönnt, mit Gattin oder Freundin und mit seinen Freunden ausgeht, bekommt, so schön der Abend auch war, die Rechnung für das Verzehrte, welche wir dann auch gerne begleichen, da wir einen schönen Abend oder Tag hatten!

Der deutschen Bevölkerung, die für alles und jedes dieser verkorksten Politik Kanzlerin Merkels aufkommen muss, wird aber die Rechnung dessen, was diese Kanzlerin verbockt hat, permanent vorenthalten! Ja, vielleicht stören sie sich, liebe Leser an meiner Ausdrucksweise wie "verkorkst", doch wie kann man eine Politik bezeichnen, die ihre Risiken und Folgen unsichtbar macht, indem sie diese in die Zukunft verschiebt!?

Diese Rechnung muss aber irgendwann auf dem Tisch liegen, wobei das „irgendwann“ die Bundesregierung kreativ inspiriert, da irgendwann in eine Zukunft deutet, in der die heute Verantwortlichen, fern von Verantwortung ihre Schäfchen im Trocknen haben und ihre Memoiren schreiben.

Das „Irgendwann“ ist aber unserer Kinder und Enkelkinder Zukunft! Es treibt mich um, wie mit dieser Zukunft seitens der Bundesregierung umgegangen wird, welche Niedrigrenten und Altersarmut heißt!

Das „Heute“ verlangt von dieser Kanzlerin, die uns weitere vier Jahre im Bundestag antun will, einen Kassensturz oder eine Inventur, die jeder Betrieb einmal im Jahr durchführen muss. Zumindest aber eine Zwischenrechnung, die es in jedem anständigen Lokal gibt, wenn der Gastgeber den Überblick behalten will! Wir Deutsche sind unfreiwillige Gastgeber und unfreiwillige Geldgeber und haben keinen Überblick von dem angerichteten Desaster dieser Kanzlerin, die sich als alternativlos gibt, es aber im Interesse unserer Demokratie nicht ist und nicht sein darf!

Gastgeber für die Menüs, die unsere kreditverwöhnten Gäste im Kasino der Vertragsbrüche, Target2 und Handelsbilanzüberschüsse beglücken, ohne je zurückzahlen zu müssen!

Wir Deutsche bezahlen die Kredite Griechenlands, Portugals, Spaniens, Irlands und die Risiken Italiens und Frankreichs, die Gasrechnungen der Ukraine und die Mrd. Verluste durch die Sanktionen gegen Russland anteilmäßig am stärksten. Wir bezahlen die Kriegskosten in Afghanistan mit 55 Toten und ca. 50 Mrd. Euro, in Mali, nun auch im Nahen Osten und wo sonst bald noch. Wir Deutsche haben nun zusätzlich noch die Kosten von über 50 Mrd.

Euro pro Jahr für Millionen Menschen zu tragen, die wieder Millionen Angehörige nach erfolgreichen Asylanträgen zu uns rufen wollen und mit nachfolgenden Geburtenraten unsere Identität verändern werden.

Die Bundeskanzlerin sprach in einer Generaldebatte im Deutschen Bundestag so, als müsste sie Deutschland belehren, indem sie von uns allen ein neues Denken einfordert. Wenn diese Kanzlerin derartiges fordert, dürfen wir, das gemeine, zum vorausschauenden Denken anscheinend unfähige Volk erwarten, dass die deutsche Monarchin schon vorgedacht hat und einen Plan zu diesem "Neuen Denken" offenbaren kann. Bis heute liegt aber kein Plan zu diesem neuen Denken vor, den man akzeptieren könnte! Auf was aber sollen wir uns also einstellen und uns weitere vier Jahre mit dieser Kanzlerin einlassen?

Gehört es zum "Großen Plan" dieser Kanzlerin, als diejenige in die Geschichte einzugehen, welche ihr Land, und seine Bevölkerungsstruktur umgebaut hat und sie dafür je nach Lage des Flüchtlingszustroms Gesetze und Rechte und die Hoheit des Staates über seine Grenzen relativiert?

Gehört es zum "Großen Plan" dieser Kanzlerin, unseren Staatshaushalt über Jahre hinweg zu großen Teilen dafür zu verwenden, um die aus aller Welt ohne Obergrenzen zu uns strömenden Menschen zu alimentieren und beherbergen?

Wir werden immer weniger und bald kommen die Babyboomer Jahrgänge, die zu wenig Kinder in die Welt setzten in Rente, und diese belasten die dann arbeitende Bevölkerung zusätzlich. Gleichzeitig sollen diejenigen nun auch noch die Kosten der Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten tragen, da von denen zu wenige mangels Deutschkenntnisse und Fähigkeiten in Arbeit sind.

Demzufolge registrierte die Behörde der Bundesagentur für Arbeit eine Steigerung auf 400.000 Hartz-IV-Bezieher, die nicht aus Europa stammen also bis zum Jahresende 698.872 Empfänger aus nichteuropäischen Asylländern. Das seien rund 400.000 bzw. 132 % mehr als Ende 2015.

So belaufen sich laut der „Süddeutschen“ die jährlichen Zahlungsansprüche ausländischer Hartz-IV-Bezieher auf 12,9 Milliarden Euro im Jahr 2018. Nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gehörten zu den Regelleistungsberechtigten im August dieses Jahres rund 2 Millionen Ausländer(!)

Das sollte sie, die Kanzlerin bitte bedenken, wenn sie sich wieder zur Wahl stellt und trotzig weitere Hunderttausende pro Jahr aufnehmen will!

Auch sollte sich diese Kanzlerin einmal die Frage gefallen lassen, wie es denn funktionieren soll, Menschen aus völlig anderen, konträren sozialen Umfeldern motivieren zu können, diszipliniert ein ganzes Arbeitsleben, also 45 Jahre, 8 Stunden am Tag für 1200 Euro zu arbeiten, sich für diesen Billiglohn auch noch fortzubilden, um dann später eine Rente auf Armutsniveau zu bekommen.

Diese Diskussion müsste dringend hier in Deutschland einmal angestoßen werden, denn uns, die bald weit über 2 Millionen Hartz 4 Empfänger alimentieren müssen, mutet Frau Merkel dieses aber zu.

Die Statistikbehörde Eurostat zeigte kürzlich, Mitte Juli 2017 an, dass 43% der erwerbsfähigen Türken "wirtschaftlich inaktiv, also nicht Arbeitende sind"! Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamts sind 48% der in Deutschland lebenden erwerbsfähige Türken "Nichterwerbspersonen" und gehen keinem Beruf nach! Wer alimentiert diese? Was leisten wir uns denn da? Wann kommt die Rechnung für die "Biobevölkerung"! Und weitere tausende Türken, überwiegend Gebildete suchen um Asyl bei uns nach! Sie seien uns mit ihren Fähigkeiten herzlich willkommen, die ihr neuer Sultan Erdogan missachtet, indem dieser die aufbegehrende Intelligenz seines Sultanats Türkei vertreibt, die keine Diktatur haben will.

Je mehr unsere Nachbarstaaten auf die Unmöglichkeit hinweisen, so viele Flüchtlinge alimentieren und integrieren zu können, um so mehr beharrt diese Kanzlerin trotzig auf ihrem Standpunkt der unbegrenzten Asylantenaufnahme und Verteilung der Migranten auf ganz Europa und erscheint so in den Köpfen deutscher und europäischer Bürger wie eine Geisterfahrerin, die sich und Europa überdies dem Despoten Erdogan mit einem unmöglichen Deal auslieferte, der unsere Werteordnung beschämt.

Warum schaut diese Kanzlerin denn nicht einmal auf Österreich, insbesondere auf dessen jungen aber klugen Außenminister Kurz? Der ist konsequent und ebenso seine betriebene Politik, die im Gegensatz zu Merkels "offenen Grenzen" überall in Europa Anklang findet und der notfalls die Grenzen Österreichs schließen will, wovon dann auch Deutschland wie gehabt profitiert.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, wir wollen nun eine Zwischenrechnung! Wir wollen endlich einmal wissen, was uns Ihre

vertragswidrigen Fehlinvestitionen in den maroden Euroraum, unsere Enteignung durch die von Ihnen gebilligte Minuszinspolitik der EZB, deren QE-Staatsanleihe-Aufkaufprogramm von 60-80 Mrd. monatlich, die aufgelaufenen Target2 Salden der Bundesbank von ca. 843.439.155.523,58 Mrd. Euro (Stand: 30. April 2017) Euro und ihre Experimente mit der Energiewirtschaft und der Bundeswehr wie auch die Beherbergungs- und Alimentierungskosten für mindestens 1,85 Millionen Flüchtlinge inklusive der Belastungen unserer von uns finanzierten Sozialsysteme durch Flüchtlinge, das nun dringend nötige Bauen von Wohnungen und Bildungsmöglichkeiten in Schulen und Kindergärten mit dementsprechenden Personalaufstockungen, auch bei der Polizei uns heute und in Zukunft kosten.

Es wäre auch einmal nötig von ihnen, uns nachzuweisen, wo die Außenhandelsüberschüsse der Jahre 2014/15. ca. 500 Mrd. Euro und in 2016 ca. 280 Mrd. Euro investiert wurden! Rechnet man beide Summen zusammen: 500 Mrd. und 280 Mrd. = 780 Mrd. Euro, kommt man nahe an die Target 2 Salden Forderungen der Deutschen Bundesbank an das Eurosystem, sprich EZB von 843.4 Milliarden heran.

Wir finanzieren über unsere Außenhandelsüberschüsse die Einkäufe jeglicher Art in Deutschland! Deutschland ist weltweit der größte.....Kapitalexporteur! Doch, wer bezahlt letztlich...uns? Und was passiert, wenn unsere Konjunktur einmal so richtig lahmt, die Steuerflut auch nur ein wenig versiegt, der Wirtschaftsmotor stottert? Das könnte schon einmal passieren, wenn bei sich verschlechternden Außenhandelsbedingungen (ich denke da an Trump und die vielen Kriege), oder unseres Nachbarn das tun was wir immer verlangen und diese ihre Ökonomien in Schwung bekommen.

Haben wir dann noch Reserven, oder sind und werden diese auf dem Altar der europäischen Einheitsvisionen mitsamt unseren wegschmelzenden Spar- und Anlageguthaben laut Bundesbank von gut 5676 Milliarden Euro nebst zu erhöhenden Verteidigungsausgaben geopfert? Und wohin dann dort? Wohl in die schwindsüchtigen Staatshaushalte anderer Staaten und nicht in unsere maroden, auf Verschleiß gefahrene Infrastrukturen (Brücken) oder marode Schulen. Hier gibt es viel zu tun, was auch viel kostet. Wir brauchen unsere Steuereinnahmen selbst Frau Bundeskanzlerin! Wir wurden von Ihnen und ihrer Regierung lange genug darüber im Unklaren gelassen, wie teuer uns ihr konfuser Regierungsstil bisher

wurde und leider auch künftig noch werden wird!

Diese Bundeskanzlerin scheint sich gar nicht bewusst zu sein, dass ihre nun in 2021 fast vier Legislaturperioden für uns Deutsche die teuersten seit 1949 sind, die überdies unsere Innere Sicherheit aufs Höchste gefährdeten!

Wir wollen nun eine Zwischenrechnung! Nicht irgendwann, wenn sie nicht mehr in Amt und Würden sind, sondern jetzt, jetzt sofort! Denn die Quittung stellen Sie bestimmt nicht mehr aus. Das macht dann ihre bedauernswerten Nachfolger/innen im Amt!

Wie sieht es heute 2021 vor der Bundestagswahl in unserem Land aus? Gewiss nicht besser, als ich dieses Buch mit folgendem Titel schrieb:

**Die Rechnung bitte Frau Bundeskanzlerin!!**

**Heiner Hannappel**  
**Koblenz**

E-Mail [heiner.hannappel@gmx.de](mailto:heiner.hannappel@gmx.de)